

Worüber Erdoğan nicht redet

Kinderarbeit, politische Verfolgung und Erdbeben in der Türkei

Vom 30.10. bis 4.11.2011 war ich mit Trudy Kerperien von der niederländischen Bildungsgewerkschaft AOb in Şanlıurfa und in Ankara, um uns über Kinderarbeit in der Türkei zu informieren und mit Vertretern der Bildungsgewerkschaft Eğitim-Sen zu beraten, was Gewerkschaften dagegen tun können. Begleitet wurden wir während der Reise von den beiden Eğitim-Sen Kolleginnen Açalıya Temel und Dr. Handan Çağlayan.

Şanlıurfa ist die Hauptstadt der gleichnamigen türkischen Provinz und liegt in Südostanatolien im Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris, dem antiken Mesopotamien. Die Provinz grenzt an Syrien und gehört zu den ärmsten Regionen der Türkei. Şanlıurfa war als Zielort unserer Reise gewählt worden, weil von dort viele Kinder mit ihren Eltern zur Erntezeit an die Schwarzmeerküste reisen, um Haselnüsse zu pflücken. Haselnüsse sind eines der wichtigsten agrarischen Exportprodukte der Türkei und finden vor allem in der Schokoladenindustrie Verwendung. In der Stadt leben etwa eine halbe Million Menschen – ein Drittel der Einwohner der Provinz. Şanlıurfa ist eine multikulturelle Stadt, in der neben Türken vor allem Kurden und Araber wohnen, die ihre jeweiligen Traditionen und Sprachen pflegen. Etwa zwanzig Prozent der männlichen Bevölkerung und fast die Hälfte der Frauen sind Analphabeten. In der strukturschwachen, ländlich geprägten Region gibt es nur wenig formelle Arbeitsplätze. Ein grenznaher Handel mit dem nur fünfzig Kilometer entfernten Syrien findet nicht statt, da die

Grenze zum Nachbarland aufgrund der politischen Spannungen zwischen beiden Ländern geschlossen ist. Viele Menschen leben daher im informellen Sektor oder von der Landwirtschaft, meist als Saisonarbeiter. Ganze Familien mit ihren Kindern folgen als Wanderarbeiter den verschiedenen Erntezyklen, um so ihr Überleben zu sichern. Kinderarbeit ist in der Region tradi-

müssen. Bereits Wochen vor Beginn der Sommerferien verlassen die Kinder die Schule und kehren erst wieder zurück, nachdem die Schule schon längst wieder begonnen hat. Die Folge ist, dass diese Kinder aufgrund ihrer langen Abwesenheitszeiten oft den Anschluss verpassen und deshalb den Schulabschluss nicht schaffen bzw. die Schule frühzeitig abbrechen. In Şanlıurfa



Fotos: GEW-HV

Haselnüsse sind ein wichtiges Exportprodukt

tionell weit verbreitet, nicht nur in der Haselnussernte, sondern auch in der Baumwoll-, Tee-, Tabak- und Tomatenernte sowie im Haushalt.

Dies führt dazu, dass viele Kinder während der Erntezeit über Monate nicht zur Schule gehen können, weil sie ihren Eltern bei der Erntearbeit helfen

hatten wir Gelegenheit zum Besuch zweier Grundschulen und zu Gesprächen mit Schulleitern und Lehrkräften. Schulen mit mehreren Tausend Schülerinnen und Schülern und Klassenstärken von 40-50 Kindern sind in der Stadt die Regel. Nach offiziellen Angaben besteht in der Provinz Şanlıurfa ein Bedarf



Kinderarbeit in der Baumwollernte

von 7.000 zusätzlichen Lehrkräften. Besonders schlimm ist die Situation auf dem Land. Ein Lehrer berichtete uns, dass er in seiner Klasse 120 Kinder zu unterrichten hätte. Eigentlich seien es noch mehr Kinder, doch viele würden nicht am Unterricht teilnehmen, da sie arbeiten müssten. In der ersten Schule, die wir besuchen konnten, fehlten von 2.400 Schülern gerade 650. In der anderen Schule mit 3.200 Schülern, die in einem weniger armen Stadtviertel lag, fehlte etwa jeder zehnte Schüler. Auf dem Land, so wurde uns berichtet, würde oft die Hälfte der Schüler fehlen, teilweise würden ganze Schulklassen über Monate zum Ernteeinsatz verschwinden.

In der Türkei besteht Schulpflicht und Kinderarbeit ist offiziell verboten. Doch die Regierung toleriert diese Zustände nicht nur, sondern befördert sie sogar noch: Obwohl bei über zwanzig Fehlstunden normalerweise keine Versetzung in die nächste Klassenstufe möglich ist, sind Kinder von Saisonarbeitern davon ausgenommen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kinder zu Hause in den Familien meist kurdisch oder arabisch sprechen, während der Unterricht in den Schulen in

türkischer Sprache stattfinden muss. Die Lehrkräfte stehen diesen Problemen hilflos gegenüber und fühlen sich allein gelassen. „Die Regierung zeigt kein Interesse an einer guten Grundschulbildung der Kinder in dieser Region“, meint ein Eğitim-Sen Kollege. „Hauptsache die Schüler lernen Türkisch.“ Viele Lehrerinnen und Lehrer sind von der Situation überfordert und bemühen sich um eine Versetzung in andere Provinzen der Türkei.

Neben der Armut aufgrund des Mangels an Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten sowie der unzureichenden Zahl von Schulen und qualifizierten Lehrkräften gibt es auch kulturelle Gründe, die die Kinder daran hindern, die Schule zu besuchen. Dies betrifft insbesondere Mädchen, meist aus arabischstämmigen Familien, deren Eltern – oftmals selber Analphabeten – keinen Nutzen darin sehen, ihre Töchter zur Schule zu schicken, da sie in der Regel jung verheiratet werden und im Haushalt helfen müssen. Ein Lehrer berichtete uns über den Fall eines elfjährigen Mädchens, das von seiner Familie mit einem über vierzig Jahre alten Mann verheiratet wurde. Als er dagegen protestierte, sei er von den

Angehörigen des Mädchens bedroht worden. Die Folge ist, dass in den arabisch geprägten Stadtteilen Şanlıurfa nur etwa jedes zehnte Mädchen die Grundschule abschließt, während es in den anderen Stadtteilen rund 60 Prozent sind.

Den GewerkschafterInnen der Eğitim-Sen in Şanlıurfa sind diese Tatsachen durchaus bewusst. Angesichts der Komplexität der Probleme hat man bisher jedoch keine Möglichkeit gesehen, als Gewerkschaft darauf Einfluss zu nehmen. Unser Besuch hat sie ermutigt, sich dieses Themas nun doch anzunehmen. Auch wenn die Gewerkschaft nicht das Problem der Armut oder das der Unterversorgung mit Schulen und Lehrkräften in der Region lösen kann, so können ihre Mitglieder dennoch eine wichtige Rolle bei der Aufklärung und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit und gegenüber den Eltern spielen. Allerdings hat Eğitim-Sen derzeit genug mit anderen Problemen zu kämpfen: Im Zuge der jüngsten Repressions- und Verhaftungswelle in der Türkei sind vier ihrer Mitglieder in Şanlıurfa unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung inhaftiert worden, darunter auch der Vorsitzende Halit Sahin. Zwei weitere Vorstandsmitglieder wurden in weit entlegene Regionen zwangsversetzt, so dass von sieben Vorstandsmit-



Generalsekretär der Bildungsgewerkschaft Eğitim-Sen Mehmet Bozgeyik



Die Eđitim-Sen Frauensekretärin Sakine Esen Yilmaz war sechs Monate im Gefängnis

gliedern derzeit nur noch vier im Amt sind. „Wir wissen nicht, was morgen passiert und wer von uns der Nächste sein wird“, so die Frauensekretärin Özlem Sengül. Trotz dieser für sie persönlich bedrohlichen Lage zeigen sich die verbleibenden Vorstandmitglieder der Eđitim-Sen in Şanlıurfa entschlossen, ihre gewerkschaftliche Arbeit fortzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Kontakt in Şanlıurfa – vermittelt durch die Friedrich-Ebert-Stiftung – war die Professorin Dr. Zeynep Şimşek, Leiterin der Fakultät für öffentliche Gesundheit an der dortigen Harran Universität. Sie hat bereits verschiedene Untersuchungen zur gesundheitlichen Situation von Saisonarbeitern und deren Familien durchgeführt. Nach ihren Angaben leiden die Kinder oft an Mangel- und Fehlernährung. Erkrankungen aufgrund mangelhafter hygienischer Verhältnisse und auch Unfälle bei der Erntearbeit sind keine Seltenheit. Es fehlt jedoch an gesicherten Daten und Zahlen, die das ganze Ausmaß der Probleme in der Saisonarbeit dokumentieren. Dies sei jedoch nötig, um die offiziellen Regierungsstellen mit der Situation zu konfrontieren und sie zum Handeln zu bewegen.

In der Hauptstadt Ankara hat-

ten wir ausführlich Gelegenheit, dem Eđitim-Sen Generalsekretär Mehmet Bozgeyik und weiteren Mitgliedern des nationalen Vorstands über unsere Gespräche und Eindrücke in Şanlıurfa zu berichten. Auch der Vorstand der Bildungsgewerkschaft erkennt die Kinderarbeit in der Türkei als Problem an und sieht hier Handlungsbedarf. Wissenschaftlich gesicherte Informationen zu sammeln, Öffentlichkeit herzustellen und Bewusstsein zu schaffen – dies sind erste wichtige Schritte, um das Problem der Kinderarbeit, das nicht nur im Südosten der Türkei existiert, anzugehen. Wichtig sei auch, mit den Gewerkschaften der Nahrungswirtschaft zusammenzuarbeiten und Druck auf multinationale Konzerne auszuüben, die Produkte aus Kinderarbeit aufkaufen und weiterverarbeiten, um sie in Europa und anderen Weltregionen zu vermarkten.

Ein weiteres Thema unserer Gespräche in Ankara war die fortgesetzte Repression des türkischen Staates gegen Funktionäre und Mitglieder der Eđitim-Sen. In den vergangenen Wochen sind in der Türkei zahlreiche kritische Journalisten, Intellektuelle und Gewerkschafter verhaftet worden. Nach Angaben von Mehmet Bozgeyik befinden sich aktuell 18 KollegInnen der Eđitim-Sen im Gefängnis. Die Vorwürfe sind immer gleich: Obwohl Beweise fehlen, wird ihnen unterstellt, die kurdische Arbeiterpartei PKK oder ihr nahestehende Organisationen zu unterstützen. Da die inhaftierten Lehrerinnen und Lehrer während der Zeit im Gefängnis auch kein Gehalt beziehen, muss die Gewerkschaft einspringen, um deren Familien finanziell zu unterstützen. Die Verhaftungen durch die Sicherheitskräfte finden meist zu nächtllicher Stunde statt. „Jeden Abend, wenn ich zu Bett gehe, muss ich daran denken, ob ich den nächsten Morgen noch in Freiheit erleben werde“, so Meh-

met Bozgeyik. Zur Sprache kam auch der Prozess gegen dreißig Mitglieder der Eđitim-Sen und des Gewerkschaftsbundes KESK vor dem Strafgerichtshof in Izmir, bei dem Ende dieses Monats ein Urteil erwartet wird. Die GEW war in den vergangenen zwei Jahren insgesamt fünf Mal mit Prozessbeobachtern zu Verhandlungsterminen nach Izmir gereist, um Solidarität zu bekunden und Öffentlichkeit herzustellen – zuletzt am 21. Oktober 2011. Während Mehmet Bozgeyik sich verhalten optimistisch zu dem für den 28. November erwarteten Urteil äußerte, zeigte sich die Eđitim-Sen Frauensekretärin Sakine Esen Yilmaz, die selber zu den Angeklagten gehört und ein halbes Jahr im Gefängnis in Izmir verbracht hatte, skeptisch. In der derzeitigen politisch aufgeheizten Diskussion um die Kurdenfrage sei ein Freispruch kaum zu erwarten.

Trotz all dieser Probleme engagiert sich Eđitim-Sen zudem noch für die Opfer des Erdbebens, das die Region um die Stadt Van im Osten der Türkei heimgesucht hat. Zahlreiche Häuser und Schulen wurden dabei zerstört oder schwer beschädigt. Viele Menschen sind obdachlos. Nach Angaben von Mehmet Bozgeyik sind 74 Lehrerinnen und Lehrer bei dem Erdbeben ums Leben gekommen, darunter auch Mitglieder der Eđitim-Sen. Die Situation ist weiterhin dramatisch, zumal der Winter vor der Tür steht und noch nicht ausreichend Notunterkünfte zur Verfügung stehen.

Überall in der Türkei werden in den Regionalorganisationen der Eđitim-Sen warme Kleidung und andere Dinge gesammelt, die in der Erdbebenregion dringend benötigt werden. Eđitim-Sen hat als Sofortmaßnahme 150 Zelte angeschafft und nach Van gebracht. Weitere Unterstützung in Form von Geld- und Sachspenden für die Opfer des Erdbebens und für die Familien der

getöteten Eğitim-Sen-Mitglieder sind sehr willkommen. Trudy Kerperien und ich haben den Eğitim-Sen KollegInnen zugesichert, dass sie kurzfristig mit Hilfe aus den Niederlanden und Deutschland rechnen können.

Fazit: Kinderarbeit gehört zu den wenig beachteten Schattenseiten des beeindruckenden wirtschaftlichen Wachstums in der Türkei und wird von der Regierung trotz besseren Wissens toleriert. Das Problem ist komplex und schnelle Lösungen sind

nicht zu erwarten. Solange die türkische Regierung ihre Politik der gezielten Vernachlässigung der Kurdenregionen im Osten des Landes nicht ändert und dort würdige Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für Erwachsene schafft, werden die Menschen weiterhin gezwungen sein, sich als Saisonarbeiter zu verdingen und ihre Kinder zur Erntearbeit mitzunehmen. Eğitim-Sen hat das Problem erkannt und ist bereit, im Rahmen der Möglichkeiten, die

eine Lehrgewerkschaft hat, zu handeln. Information, Schulung, Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit sind sinnvolle Maßnahmen, die ein Umdenken in der Bevölkerung bewirken und die Regierung mittel- und langfristig zum Handeln zwingen können. Eine Unterstützung durch AOB und GEW ist gerne gesehen und kann diesen Prozess befördern.

GEW-Hauptvorstand
MANFRED BRINKMANN

Erdbeben in der Türkei. Der Winter kommt. Die GEW hilft.



Spendenkonto, **Heinrich-Rodenstein Fonds**
Konto-Nr. 1 707 274 700, SEB AG Frankfurt am Main
BLZ 500 101 11, Stichwort: Erdbebenhilfe Türkei
www.gew.de/Heinrich-Rodenstein-Fonds.html